

NEUES DEUTSCHLAND

DAS REDAKTIONSKOLLEGIUM
Herbert Naumann, Chefredakteur;
Dr. Sander Drobela, Alfred Kobs,
Dieter Brückner, Dr. Rolf Günther,
Dr. Hajo Herbell, Werner Mücke,
Michael Müller, Dr. Harald Wessel,
stellvertretende Chefredakteure;
Horst Bitschkowski, Heinz Jakobowski,
Otto Luck, Dr. Wolfgang Spickermann,
Klaus Ullrich.

Die Redaktion wurde 1956 und
1964 mit dem Karl-Marx-Orden und
1971 mit dem Vaterländischen Verdienstorden in Gold ausgezeichnet.

Gratulation zum
80. Geburtstag von
E. M. S. Namboodiripad

Grüße an den Generalsekretär
des ZK der KP Indiens (M)

Berlin (ADN). Das Zentral-
komitee der SED hat dem Gene-
ralsekretär des ZK der KP In-
diens (Marxistisch), E. M. S.
Namboodiripad, in Delhi zu sei-
nem 80. Geburtstag beste Wün-
sche und herzlichste Kampfgrüße
übermittelt. In der vom Gene-
ralsekretär des ZK der SED,
Erich Honecker, unterzeichneten
Großadresse wird sein unermüd-
liches Eintreten für die Festigung
der politischen Unabhängigkeit
und territorialen Integrität Indi-
ens sowie für die Lösung der
nationalen und sozialen Pro-
bleme des Landes hervorgehoben.
Als Generalsekretär habe er sich
große Verdienste um den gewich-
tigen Beitrag der Partei zum
Kampf für einen dauerhaften
Frieden in Asien und in der Welt
erworben.

Abordnung aus Heilbronn
in Frankfurt (Oder)

Frankfurt (Oder) (ADN). Ge-
spräche zu Fragen der Friedens-
sicherung führten Vertreter der
Stadtparlamente von Frankfurt
(Oder) und Heilbronn während
des zweitägigen Besuchs einer
Delegation der BRD-Partner-
stadt. In einer Pressekonferenz
am Dienstag betonte der Frank-
furter Oberbürgermeister, Fritz
Krause, daß dieser Dialog im
Sinne der im vorigen Jahr abge-
schlossenen Vereinbarung über
die Städtepartnerschaft ist. Beide
Seiten betrachteten die Erhaltung
und Stabilisierung des Friedens
als wichtigste Anliegen der Zu-
sammenarbeit im Interesse des
Lebens und der Zukunft der Bür-
ger beider Städte. Der 1. Bürger-
meister der Stadt Heilbronn,
Prof. Peter Giebler, sagte, es sei
wichtig, alle Möglichkeiten auf
kommunaler Ebene zu nutzen,
die der Friedenssicherung dien-
ten. Darin eingeschlossen sei der
Schutz der Umwelt, wo es viele
Berührungspunkte gebe.

Kooperation mit
Bulgariens Maschinenbau

Berlin (ADN). Fragen der wirt-
schaftlichen und wissenschaftlich-
technischen Zusammenarbeit mit
bulgarischen Industriepartnern
zur effektiven Gestaltung von
Transport-, Umschlag- und La-
gerprozessen waren am Dienstag
Thema eines Gesprächs zwischen
dem Minister für Schwermaschi-
nen- und Anlagenbau, Dr.-Ing.
Hans-Joachim Lauck, und dem
Vorsitzenden der Assoziation
Transport-, Land- und Bautechnik
der Volksrepublik Bulgarien,
Krstjko Stanilow. Im Mittelpunkt
stand die planmäßige Lieferung
von Flurförderzeugen aus Bulga-
rien an die DDR. Im Rahmen der
beiderseitig nutzbringenden Auf-
gaben zur Spezialisierung und
Kooperation wurden Maßnahmen
zur Realisierung der vertraglich
vereinbarten Lieferungen,
insbesondere zur Versorgung
mit Ersatzteilen und zur Weiter-
entwicklung von Erzeugnissen,
festgelegt.
Über Möglichkeiten zur Erwei-
terung der Spezialisierung und
Kooperation im Zeitraum 1991
bis 1995, unter anderem bei
Medizin-, Wäge- und Haushalts-
kältetechnik sowie im Land-,
Straßenfahrzeug- und Nahrungs-
gütermaschinenbau wurde am
selben Tag zwischen dem Mini-
ster für Allgemeinen Maschinen-,
Landmaschinen- und Fahrzeug-
bau, Gerhard Tautenhahn, und
dem bulgarischen Gast beraten.
Dabei wurde das Interesse beider
Seiten an einer verstärkten di-
rekten Zusammenarbeit zwischen
Kombinaten und Betrieben der
DDR und Bulgariens, insbeson-
dere bei der Entwicklung, An-
wendung und dem Austausch
von Schlüsseltechnologien wie der
Mikroelektronik und der Laser-
technik, hervorgehoben.

Reifenbrand an
schwedischem Bus

Gransée (ADN). Ein Reifen-
brand unterbrach am Montag-
nachmittag auf der Fernver-
kehrsstraße 96, kurz vor der Ortschaft
Dannental, die Fahrt eines schwedischen Reisebusses.
Dem Fahrer und einem Volks-
polizisten gelang es, den Brand
nach vor Eintreffen der sofort
alarmierten Feuerwehr zu lö-
schen. Die 49 Reisenden konnten
wenig später mit einem durch
den VEB Kraftverkehr Oranien-
burg bereitgestellten Bus ihre
Fahrt zur Grenzübergangsstelle
nach Berlin (West) fortsetzen.

Gemeinsame Erklärung BRD-UdSSR

Bonn (ADN). Der General-
sekretär des ZK der KPdSU und
Vorsitzende des Obersten Sowjets
der UdSSR, Michail Gorbatschow,
und BRD-Bundeskanzler Helmut
Kohl haben am Dienstag in Bonn
eine gemeinsame Erklärung un-
terzeichnet. Die Erklärung hat
folgenden Wortlaut:

Die Bundesrepublik Deutsch-
land und die Sowjetunion
stimmen darin überein, daß die
Menschheit an der Schwelle zum
dritten Jahrtausend vor histo-
rischen Herausforderungen steht.
Probleme, die von lebenswichtiger
Bedeutung für alle sind, können
nur gemeinsam von allen Staa-
ten und Völkern bewältigt wer-
den. Das erfordert neues politi-
sches Denken.
- Der Mensch mit seiner Würde
und seinen Rechten und die Sor-
ge für das Überleben der
Menschheit müssen im Mittel-
punkt der Politik stehen.
- Das gewaltige Potential an
schöpferischen Kräften und Fä-
higkeiten des Menschen und der
modernen Gesellschaft muß für
die Sicherung des Friedens und
des Wohlstands aller Länder und
Völker nutzbar gemacht werden.
- Jeder Krieg, ob nuklear oder
konventionell, muß verhindert,
Konflikte in verschiedenen Regio-
nen der Erde beigelegt und der
Frieden erhalten und gestaltet
werden.
- Das Recht aller Völker und
Staaten, ihr Schicksal frei zu be-
stimmen und ihre Beziehungen
zueinander auf der Grundlage
des Völkerrechts souverän zu ge-
stalten, muß sichergestellt wer-
den. Der Vorrang des Völker-
rechts in der inneren und inter-
nationalen Politik muß gewähr-
leistet werden.
- Die Erkenntnisse moderner
Wirtschaft, Wissenschaft und
Technik bieten ungeahnte Mög-
lichkeiten, die allen Menschen
zugute kommen sollen. Risiken
und Chancen, die sich hieraus
ergeben, verlangen gemeinsame
Antworten. Es ist daher wichtig,
die Zusammenarbeit auf allen
diesen Gebieten auszuweiten,
Handelshemmnisse jeglicher Art
weiter abzubauen, neue Formen
des Zusammenwirkens zu suchen
und zum beiderseitigen Vorteil
dynamisch zu nutzen.
- Die natürliche Umwelt muß im
Interesse dieser und künftiger
Generationen durch entschlossenes
Handeln getretet, Hunger und
Armut in der Welt müssen über-
wunden werden.
- Neue Bedrohungen einschließ-
lich Seuchen und internationaler
Terrorismus müssen energisch
bekämpft werden.
Beide Seiten sind entschlossen,
ihrer sich aus dieser Einsicht er-
gebenden Verantwortung gerecht
zu werden. Fortbestehende Unter-
schiede in den Wertvorstellungen
und in den politischen und ge-
sellschaftlichen Ordnungen bil-
den kein Hindernis für zukunfts-
gestaltende Politik über System-
grenzen hinweg.

Bei der Gestaltung einer
friedlichen Zukunft kommt
Europa eine herausragende Rolle
zu. Trotz jahrzehntelanger Trennung
des Kontinents ist das Bewußtsein
der europäischen Identität und
Gemeinsamkeit lebendig
geblieben und wird zunehmend
stärker. Diese Entwicklung muß
gefördert werden.
Die Bundesrepublik Deutsch-
land und die Sowjetunion be-
trachten es als vorrangige Auf-
gabe ihrer Politik, an die ge-
schichtlich gewachsenen europä-
ischen Traditionen anzuknüpfen
und so zur Überwindung der
Trennung Europas beizutragen.
Sie sind entschlossen, gemeinsam
an Vorstufen zu arbeiten,
wie dieses Ziel durch den Aufbau
eines Europas des Friedens und
der Zusammenarbeit - einer
europäischen Friedensordnung
oder des gemeinsamen europä-
ischen Hauses - in dem auch die
USA und Kanada ihren Platz
haben, erreicht werden kann. Die
KSZE-Schlufakte von Helsinki
in allen ihren Teilen und die Ab-
schlußdokumente von Madrid und
Wien bestimmen den Kurs zur
Verwirklichung dieses Zieles.
Europa, das am meisten unter
zwei Weltkriegen gelitten hat,
muß der Welt ein Beispiel für
stabilen Frieden, gute Nachbar-
schaft und eine konstruktive Zu-
sammenarbeit geben, welche die
Leistungsfähigkeiten aller Staa-
ten ungeachtet unterschiedlicher

Gesellschaftssysteme zum ge-
meinsamen Wohl zusammenführt.
Die europäischen Staaten können
und sollen ohne Furcht vereiner-
telt und in friedlichem Wettbe-
werb miteinander leben.
Bauelemente des Europas des
Friedens und der Zusammenar-
beit müssen sein:
- Die uneingeschränkte Achtung
der Integrität und der Sicherheit
jedes Staates: Jeder hat das Recht,
das eigene politische und soziale
System frei zu wählen. Die un-
eingeschränkte Achtung der
Grundsätze und Normen des Völ-
kerrechts, insbesondere Achtung
des Selbstbestimmungsrechts der
Völker.
- Die energische Fortsetzung des
Prozesses der Abrüstung und Rüs-
tungskontrolle. Im Atomzeitalter
müssen die Anstrengungen nicht
nur darauf gerichtet sein, Krieg
zu verhindern, sondern auch den
Frieden zu gestalten und sicherer
zu machen.
- Der dichte, alle sowohl tradi-
tionellen als auch neuen Themen
der bilateralen und multilateralen
Beziehungen umfassende Dialog,
einschließlich regelmäßiger
Begegnungen auf höchster politi-
scher Ebene.
- Die Verwirklichung der Men-
schenrechte und die Förderung
des Austausches von Menschen
und Ideen. Dazu gehören sowohl
der Ausbau der Städtepartne-
rschaften, der Verkehrs- und
Nachrichtenverbindungen, der
kulturellen Kontakte, des Reise-
und Sportverkehrs, die Förderung
des Sprachunterrichts als auch
eine wohlwollende Behandlung
humanitärer Fragen einschließlich
der Familienzusammenführung
und Reisen in das Ausland.
- Der Ausbau von direkten Kon-
taktan zwischen der Jugend und
die Verpflichtung der nachwach-
senden Generationen auf eine
friedliche Zukunft.

Die umfassende wirtschaf-
tliche Zusammenarbeit zum ge-
genseitigen Vorteil, die auch
neue Formen der Kooperation
einschließt. Die gemeinsame Er-
klärung zwischen der Europä-
ischen Gemeinschaft und dem Rat
für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
vom 25. Juni 1988 und die Norma-
lisierung der Beziehungen zwi-
schen der EG und den europä-
ischen Mitgliedsstaaten des RGW
sowie der begonnene politische
Dialog zwischen der Sowjetunion
und den zwölf Mitgliedsstaaten
der Europäischen Gemeinschaft
öffnen neue Perspektiven für
eine gesamteuropäische Entwick-
lung in diese Richtung.
- Der stufenweise Aufbau ge-
samteuropäischer Zusammenar-
beit in verschiedenen Bereichen,
insbesondere des Verkehrswesens,
der Energiewirtschaft, des Ge-
sundheitswesens, der Informati-
on und Kommunikation.
- Die intensive ökologische Zu-
sammenarbeit und die Ausnut-
zung von neuen Technologien, die
im Interesse der Menschen ins-
besondere die Entstehung von
grenzüberschreitenden Gefahren
verhindert.
- Die Achtung und Pflege der
geschichtlich gewachsenen Kultu-
ren der Völker Europas. Diese
kulturelle Vielfalt ist einer der
großen Schätze des Kontinents.
Nationale Minderheiten in Europa
mit ihrer Kultur sind Teil dieses
Reichtums. Ihren berechtigten
Interessen gebührt Schutz.
Die Bundesrepublik Deutschland
und die Sowjetunion fordern alle
Teilnehmerstaaten der KSZE zur
Mitwirkung an der künftigen Archi-
tektur Europas auf.

Gespräche Gorbatschow-Kohl
in Bonn abgeschlossen

Weitere bilaterale Verträge und Abkommen signiert

Bonn (ADN). Die offiziellen
Gespräche zwischen Michail Gor-
batschow und Helmut Kohl wur-
den am Dienstag in Bonn beendet.
Zum Abschluß ihrer Unterredun-
gen unterzeichneten sie im Bun-
deskanzleramt die gemeinsame
Erklärung BRD-UdSSR. Anschlie-
ßend signierten die Außen-
minister und zuständige Fach-
minister beider Staaten elf Ver-
träge und Abkommen. Dazu ge-
hören ein Vertrag über die För-
derung und den Schutz von In-
vestitionen, ein Abkommen über
die Errichtung und die Tätigkeit
von Kulturzentren sowie die Ein-
richtung einer direkten Nachrich-
tenverbindung zwischen dem Bun-
deskanzleramt und dem Kremel.
Am Morgen des zweiten Tages
seines Staatsbesuches hatte Michail
Gorbatschow eine Begegnung mit
Außenminister Hans-Dietrich
Genscher. Bei einem Besuch im
Bonner Rathaus trugen er und
seine Frau Raisa Gorbatschowa
sich ins Goldene Buch der Stadt
ein. Im Auftrage des General-
sekretärs des ZK der KPdSU

Beseitigung der Kriegsgefahr und
der Sicherung des Friedens mit
weniger Waffen dienen. Das
schließt ein Wettrüsten aus.
Beide Seiten streben an, durch
verbindliche Vereinbarungen un-
ter wirksamer internationaler
Kontrolle bestehende Asymme-
trien zu beseitigen und die mili-
tärlichen Potentiale auf ein sta-
biles Gleichgewicht auf niedrige-
rem Niveau zu vermindern, das
zur Verteidigung, aber nicht zum
Angriff ausreicht. Beide Seiten
halten es insbesondere für erfor-
derlich, die Fähigkeit der Streit-
kräfte zum Überraschungsangriff
und zur raumgreifenden
Offensive auszuschließen.
Die Bundesrepublik Deutsch-
land und die Sowjetunion treten
ein für:
- eine 50prozentige Reduzierung
der strategischen nuklearen
Offensivfähigkeiten der USA und
der Sowjetunion,
- einvernehmliche amerikanisch-
sowjetische Lösungen bei den
Nuklear- und Weltraumver-
handlungen; dies gilt auch für
die Einhaltung des ABM-Vertra-
ges,
- die Herstellung eines stabilen
und sicheren Gleichgewichts der
konventionellen Streitkräfte auf
niedrigerem Niveau sowie für die
Vereinbarung von weiteren ver-
trauens- und sicherheitsbildenden
Maßnahmen in ganz Europa,
- ein weltweites, umfassendes
und wirksam nachprüfbares Ver-
bot chemischer Waffen zum
frühestmöglichen Zeitpunkt,
- die Vereinbarung eines zuver-
lässig verifizierbaren nuklearen
Teststopps im Rahmen der Genfer
Abrüstungskonferenz zum frü-
hestmöglichen Zeitpunkt; bei den
laufenden Gesprächen zwischen
den USA und der Sowjetunion ist
ein schrittweises Herangehen an
dieses Ziel wünschenswert,
- die Schaffung weiterer vertrau-
ensbildender Maßnahmen, mehr
Transparenz der militärischen
Potentiale und der Militärhäus-
halte sowie wirksame internatio-
nale Mechanismen des Krisen-
managements, auch für Krisen
außerhalb Europas.

Die Bundesrepublik
Deutschland und die Sowjetunion
sind sich angesichts der
europäischen Geschichte und der
Lage Europas in der Welt sowie
angesichts des Gewichts, das jede
Seite in ihrem Bündnis hat, be-
wußt, daß eine positive Entwick-
lung ihres Verhältnisses zueinan-
der für die Lage in Europa und
für das West-Ost-Verhältnis ins-
gesamt zentrale Bedeutung hat.
In dem Wunsch, ein Verhältnis
guter und verlässlicher Nachbar-
schaft dauerhaft zu begründen,
wollen sie an die guten Traditionen
ihrer jahrhundertlangelangen
Geschichte anknüpfen. Ihr gemein-
sames Ziel besteht darin, die frucht-
bare Zusammenarbeit fortzuset-
zen, weiter zu entwickeln und zu
vertiefen und ihr eine neue Quali-
tät zu verleihen.
Der Moskauer Vertrag vom
12. August 1970 bleibt die Grund-
lage für das Verhältnis beider
Staaten. Beide Seiten werden die
in diesem Vertrag und anderen
Abkommen angelegten Möglich-
keiten voll ausschöpfen.
Sie haben beschlossen, die ver-
traglichen Grundlagen der Bezie-
hungen und die partnerschaftliche
Zusammenarbeit in allen Be-
reichen auf der Grundlage des
Vertrauens, der Gleichberechtigung
und des beiderseitigen Vor-
teils konsequent weiter auszu-
bauen.
Berlin (West) nimmt an der
Entwicklung der Zusammenarbeit
unter strikter Einhaltung und voller
Anwendung des Vierseitigen
Abkommens vom 3. September
1971 teil.
Die Bundesrepublik
Deutschland und die Sowjetunion
sind entschlossen, ihre
Beziehungen im Vertrauen in die
langfristige Berechenbarkeit der
beiderseitigen Politik auf allen
Gebieten weiter zu entwickeln.
Sie wollen der Aufwärtsbewegung
ihrer Beziehungen Stabilität und
Dauer verleihen.
Diese Politik berücksichtigt die
beiderseitigen Vertrags-
und Bündnisverpflichtungen, sie rich-
tet sich gegen niemanden. Sie ent-
spricht dem tiefen und lang gehe-
gen Wunsch der Völker, mit Ver-
ständigung und Versöhnung die
Wunden der Vergangenheit zu
heilen und gemeinsam eine bes-
sere Zukunft zu bauen.

NATO-Alarm ausgelöst
Bonn (ADN). Wenige Stunden
vor dem Eintreffen Gorbatschows
in der BRD ist vom Hauptquartier
der Allianz in Belgien NATO-
Alarm ausgelöst worden, berich-
tete die Nachrichtenagentur AP.
Die alle sechs Monate überran-
schend angesetzte Übung „active
edge“ („Scharfe Kante“), mit der
die Einsatzbereitschaft der Streit-
kräfte geübt wird, wurde dem
Vernehmen nach erst auf massive
deutsche Proteste am Montag-
morgen gestoppt. Wie AP aus
Kreis der Bonner Hardthöhe
erfuhr, soll der für Militärpolitik
zuständige General Naumann von
einer „Instinktllosigkeit“ gespro-
chen haben. Auch andere hohe
Offiziere hätten es als „unmöglich“
bezeichnet, ausgerechnet
während des Gorbatschow-Be-
suchs Maßnahmen durchzuführen,
wie sie bei einem unmittelbar
bestehenden Überfall nötig
sind. US-General Galvin setzte
die Übung aus, bevor in ihrer
zweiten Phase Soldaten mit Waf-
fen und Gerät aus Kasernen aus-
rückten. Ein Sprecher des Ver-
teidigungsministeriums erklärte
auf Anfrage, „active edge“ sei
„nach Konsultationen mit den
Bündnispartnern beendet wor-
den, nachdem das Übungziel der
NATO-weiten Alarmierung er-
reicht worden ist“.

Freiberg: 40. Berg-
und Hüttenmännischer Tag
Freiberg (ADN). Der diesjährige
Berg- und Hüttenmännische Tag
begann am Dienstag an der Berg-
akademie Freiberg, der ältesten
montanwissenschaftlichen Hoch-
schule der Welt. An der viertägigen
wissenschaftlichen Veranstal-
tung, die zum 40. Male stattfin-
det, nehmen rund 1300 Montan-
wissenschaftler und Praktiker aus
13 Ländern sowie aus Berlin
(West) teil. Der Rektor der Lehr-
und Forschungsstätte, Prof.
Dr. Horst Gerhardt, hieß den Prä-
sidenten des Nationalrates der
Nationalen Front der DDR, Prof.
Dr. Dr. Lothar Kolditz, sowie
weitere Ehrengäste herzlich wil-
kommen.
Das Fachtreffen steht unter dem
Motto „Suche, Erkundung und
Verarbeitung von mineralischen
Rohstoffen und Energieträgern
sowie Fragen der Werkstofftech-
nik und Energietechnik“. Dazu
sind 14 Fachkolloquien mit über
300 Vorträgen vorgesehen. Den
Eröffnungsvortrag „Zur Entwick-
lung der Vernetzungsmetalle in
der DDR“ hielt der Minister
für Erzbirgung, Metallurgie und
Kali, Dr. Kurt Singhuber.
Die Metallurgen der Republik
hätten in den 40 Jahren des Be-
stehens der DDR die von Partei
und Regierung gestellten Aufga-
ben in Ehren erfüllt, sagte er.
Auch wenn andere Werkstoffe
wie Glas, Keramik und Plaste
zum Einsatz kommen, werde das
Metall und besonders der Stahl
bis in das nächste Jahrtausend
wichtigster Konstruktionswerk-
stoff bleiben.

Libyen nutzt Erfahrung
der DDR bei Ausbildung
Berlin (ADN). Der Minister für
Allgemeinen Maschinen-, Land-
maschinen- und Fahrzeugbau
der DDR, Gerhard Tautenhahn,
empfangt am Dienstag in Berlin
den Sekretär des Allgemeinen
Volkskomitees für Berufsbildung
der Großen Sozialistischen Liby-
schen Arabischen Volksjama-
hira, Mutuq Mohammed al-Maa-
tuq, zu einem freundschaftlichen
Gespräch. Beide Minister wür-
digten die guten Ergebnisse der
wirtschaftlichen und wissen-
schaftlich-technischen Zusam-
menarbeit zwischen beiden Län-
dern. Sie erörterten neue Mög-
lichkeiten zur Erweiterung des
Zusammenwirkens, zum Beispiel
auf dem Gebiet der Berufsausbildung
durch die Lieferung von
Lehrwerkstätten sowie die Ent-
sendung von Lehrabschülfern in
das arabische Land, einschließ-
lich der Ausbildung libyscher
Kader in der DDR.

Geschenk Dresdens für
Partnerstadt Leningrad
Leningrad (ADN). Hunderte
Werktätige des Bezirkes Dresden
und des Gebietes Leningrad nah-
men am Dienstag im Rahmen der
„Dresdner Tage“ in Leningrad an
einer Friedenskundgebung teil.
In einer Erklärung riefen sie dazu
auf, die Friedensinitiativen der
UdSSR, der DDR und der ande-
ren sozialistischen Staaten zu un-
terstützen. Diese seien darauf ge-
richtet, eine nukleare Kata-
strophe zu verhindern und den
Abrüstungsprozeß voranzubrin-
gen. „Unser Ziel ist es“, heißt es
in der Erklärung, „daß das
21. Jahrhundert zu einem von
Kernwaffen freien Jahrhundert
wird und Brüderlichkeit, gute
Nachbarschaft und Zusammenar-
beit die Grundprinzipien für die
Beziehungen zwischen den Völ-
kern werden.“

Seminar zu Fragen
der Biotechnologien
Berlin (ND). Neueste Ergeb-
nisse der biotechnologischen
Grundlagenforschung stehen im
Mittelpunkt eines internationalen
Seminars, das in Schwerin
stattfindet. Veranstalter wird es
vom Zentralinstitut für Moleku-
larbiologie Berlin Buch, der Aka-
demie der Wissenschaften der
DDR.
Teilnehmer des Seminars sind
Wissenschaftler von niederländi-
schen Universitäten und Indus-
trieunternehmen sowie seitens
der DDR Wissenschaftler aus
Akademiestituten, Universitäten
und aus Kombinat des Min-
isteriums für Chemische Indus-
trie.
Die Spezialisten erörtern bis
Donnerstag vor allem Fragen der
Biokatalyse, der Bioprozesstech-
nik, der Prozeßkontrolle und der
Gentechnik.

Tunesischer
Außenminister
besucht die DDR

Abdelhamid Escheikh folgt
Einladung Oskar Fischers

Berlin (ADN). Der Minister für
Auswärtige Angelegenheiten der
Tunesischen Republik, Abdelhamid
Escheikh, trifft heute zu
einem offiziellen Besuch in der
DDR ein. Er folgt einer Einladung
des Ministers für Auswärtige
Angelegenheiten der DDR, Oskar
Fischer.
Biographie Seite 11

DDR-Interesse am Besuch
Gorbatschows in der BRD

Der Besuch Michail Gorba-
tschows in Bonn ist ein konstruk-
tiver Schritt in den Beziehungen
zwischen der Sowjetunion und
der Bundesrepublik Deutschland.
Er entspricht dem Bestreben der
UdSSR und der anderen sozia-
listischen Länder zur Normalisie-
rung der Beziehungen zwischen
den europäischen Staaten über-
haupt, zur friedlichen Koexistenz
von Staaten unterschiedlicher Ge-
sellschaftsordnung und Bündnis-
zugehörigkeit, zur gedeihlichen
Zusammenarbeit im europä-
ischen Haus, zur Sicherung des
Friedens. Hier zeigt sich: Grund-
lage für Fortschritte in den zwis-
chenstaatlichen Beziehungen
auf unserem Kontinent - und
nicht nur hier - ist realistisches
Herangehen an die Probleme
unsere Zeit.
In diesem Sinne unternahmen
und unternehmen die sozialisti-
schen Staaten große Anstrengun-
gen zur weiteren Entspannung
in Europa, für den Abbau der
Konfrontation, für gegenseitige
Sicherheit, für Vertrauen zwischen
den Völkern und Staaten.
Genau das ist Grundanliegen
und Ziel auch der Außenpolitik
unsere Deutschen Demokrati-
schen Republik. Michail Gorba-
tschow erklärte in seiner Rede am
Montagabend in Bonn: „Unbe-
streitbar sind die Verdienste un-
serer Verbündeten, befreundeter
Staaten, darunter der Deutschen
Demokratischen Republik, bei
der Schaffung der Voraussetzun-
gen für eine Wende in der euro-
päischen Entwicklung. Das für die
DDR charakteristische Bewußt-
sein ihrer besonderen Verant-
wortung für die Geschichte des
Friedens und des Fortschritts im
Zentrum unseres Kontinents ist
ein stabiler und wachsender
Faktor des Helsinki-Prozesses.“
Der andere Redner bei dieser
Begegnung, Bundeskanzler Kohl,
schlug in diesem „Punkt eine an-
dere Tonart an. Er sprach über
tichtige Vertragsverpflichtungen
verbunden. Das wurde auch im
Zuge des kürzlichen Berlin-Besu-
ches des sowjetischen Außenmi-
nisters Eduard Schewardnadse
bestätigt. Diese Reise einschätz-
end, sagte sein Kollege, DDR-
Außenminister Oskar Fischer, daß
wir über ein großangelegtes Pro-
gramm für gemeinsame Hand-
lungen sowohl in der Wirtschaft
als auch in der Kultur und Poli-
tik verfügen. Es wurde die Errich-
tung eines kulturellen und In-
formationszentrums der DDR in
Moskau vereinbart, das immens
zum Erfahrungsaustausch zwi-
schen Bürgern unserer Länder
beitragen soll.

Radio Moskau:

DDR-Interesse am Besuch
Gorbatschows in der BRD

Der BRD-Besuch Michail Gor-
batschows ruft auch in dem
benachbarten deutschen Staat, der
Deutschen Demokratischen Repu-
blik, ein immenses Interesse her-
vor. Am Vorabend der Bonn-Reise
versuchten bestimmte Organe der
bürgerlichen Presse, unsere Be-
ziehungen mit der DDR zu über-
schatten, obwohl es für sie ja
schon längst an der Zeit wäre zu
begreifen, daß der sozialistische
deutsche Staat unser strategi-
sche Verbündeter und treuer
Partner ist und bleibt. Wir sind
durch gemeinsame Ziele und
Ideale, zeitgeprüfte und freund-
schaftliche Beziehungen und Zu-
sammenarbeit sowie gegensei-

Menschenrechte und Mandela

Seit dieser Woche herrscht in
Südafrika bereits das vierte Jahr
ohne Unterbrechung der Ausnah-
mezustand. Nur wenige Tage
bevor Staatschef Botha die Ver-
längerung der Sondergesetze
bekanntgab, verkündete sein
Außenminister und Namensvetter
in einem Interview der „Welt am
Sonntag“: „Unsere Regierung
befindet sich im Prozeß der Ab-
schaffung der Apartheid.“ Als
Komplice bei diesem Täuschungs-
manöver fungiert ein Blatt aus
jenem Land, das in zwi-
schen zum Handelspartner
Nr. 1 des Rassistenregimes
avanciert ist.
Was man am Kap unter „Ab-
schaffung der Apartheid“ verste-
het? Aufschluß gibt die Bilanz
des Ausnahme-, d. h. des Un-
rechts: Seit dem 12. Juni 1986
fielen Tausende Menschen Ge-
walttätigkeiten zum Opfer - zu-
meist ermordeten Polizei und
Armee farbige Ghettobewohner.
Über 30 000 Menschen, darunter
12 000 Kinder und Jugendliche,
wurden oft monatelang ohne
Gerichtsprozeß inhaftiert - fast
ausnahmslos Sympathisanten,
Mitglieder oder Funktionäre
von Antiapartheid-Organisatio-
nen. 32 Vereinigungen wie Ge-
werkschaften, Hilfsorganisations-
en, Bürgerrechtskomitees er-
hielten politisches Betätigungs-
verbot. 600 politische Aktivisten
stehen unter Hausarrest und

Politik braucht
Sinn für Realitäten

So und nicht anders war es.
So und nicht anders verlief die
Geschichte. Der Helsinki-Prozeß
gestaltet sich gerade deshalb
erfolgreich, weil er von den histo-
risch entstandenen Realitäten
ausgeht, festgeschriebene Gren-
zen und Souveränität zu Grund-
pfeilern der Normalisierung in
Europa macht. Mit einem Wort:
Politik braucht Sinn für die Realitäten.
He.
Die Sätze von damals verdeutlichen, warum es dort auch
heute noch geht: Jeder Mensch
muß unabhängig von seiner
Hautfarbe das gleiche Recht auf
ein Leben in Würde haben.
Wenn sich die Machthaber in
Südafrika nach wie vor dieser
Einsicht verschließen, dann nicht
zuletzt deshalb, weil sie bei vor-
geblichen Herolden der Men-
schenrechte in imperialistischen
Ländern auf Verständnis rechnen
können ... how

Wie man am Kap unter „Ab-
schaffung der Apartheid“ verste-
het? Aufschluß gibt die Bilanz
des Ausnahme-, d. h. des Un-
rechts: Seit dem 12. Juni 1986
fielen Tausende Menschen Ge-
walttätigkeiten zum Opfer - zu-
meist ermordeten Polizei und
Armee farbige Ghettobewohner.
Über 30 000 Menschen, darunter
12 000 Kinder und Jugendliche,
wurden oft monatelang ohne
Gerichtsprozeß inhaftiert - fast
ausnahmslos Sympathisanten,
Mitglieder oder Funktionäre
von Antiapartheid-Organisatio-
nen. 32 Vereinigungen wie Ge-
werkschaften, Hilfsorganisations-
en, Bürgerrechtskomitees er-
hielten politisches Betätigungs-
verbot. 600 politische Aktivisten
stehen unter Hausarrest und